

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Erscheint Sonntags.  
Abonnementspreis 1 Os Mark pro  
Quartal erst Bestellgeld. Bestel-  
lungen nehmen an alle Post-  
anstalten, sowie die Expedition,  
Berlin S. 59, Urbanstr. 93 I.

Inserate  
Pro dreizehntägiger Zeile 60 Pf.;  
für Verbandsmitglieder 40 Pf.;  
Stellungsangebote 40 Pf. Verlam-  
mungsaufgaben 20 Pf. Erbat-  
tungen sind der Betrag beizufügen.

Nr. 3.

Berlin, den 14. Januar 1917.

33. Jahrgang.

## Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Die **Kassstelle Detmold** hat sich infolge der durch Einberufungen zum Kriegsdienst immer kleiner gewordenen Mitgliederzahl einseitig aufgelöst.

2. Von dem „Gesetz betreffend den vaterländischen Hilfsdienst“ haben wir allen Gau- und Ortsverwaltungen je ein oder einige Exemplare zugesandt. Sollte die Sendung bis zum 15. d. M. irgendwo nicht angekommen sein, eruchen wir um diesbezügliche Nachricht.

Der Verbandsvorstand.

## Ueber Lehrlingsweien.

I.

Wir leben im Zeitalter der Arbeitsteilung und man könnte daher sehr wohl die Frage aufwerfen, ob eine regelrechte Lehrzeit noch angebracht sei. Daß diese Frage tatsächlich von vielen verneint wird, läßt sich nicht bestreiten. Vor allen sind es die Inhaber und Leiter unserer Schwerindustriellen Betriebe, die durch ihr ganzes Verhalten in der Praxis sich den Verneinern zugesellt haben. Denn was bedeutet es anders, wenn sie immer größere Scharen ungelerner Arbeiter einstellen und sie zu einer einseitigen, die körperlichen und geistigen Fähigkeiten der Menschen nicht zur Entwicklung kommenden Teilarbeit heranziehen? Das berüchtigte Lohnsystem bedeutet den Gipfelpunkt dieser Herabdrückung der menschlichen Arbeitskraft zu einem rein kaufmännischen Faktor. Mit der Messuhr in der Hand wird kontrolliert, wieviel Mehrwert aus der menschlichen Arbeitskraft herauszupressen ist. Ob einzelne Muskel- oder Gehirnpforten dabei vor der Zeit aufgebraucht werden, andere dagegen infolge Untätigkeit verkümmern, das kümmert die Vertreter dieses „wissenschaftlichen“ Systems zunächst nicht.

Aber auch bei den Arbeiterkern ist vielfach der Glaube vorhanden, daß die Erlernung eines bestimmten Berufes veraltet sei, da man zur Teilarbeit seiner drei- oder gar vierjährigen Lehrzeit bedürfe, und außerdem bei der wechselnden Konjunktur der verschiedenen Gewerbe ein Aneben an einen bestimmten Beruf ein gewisses Hindernis dafür sei, die Konjunktur in den jeweils blühenden Gewerben auszunützen, weil sich der regelrechte ausgebildete Berufsarbeiter schwer zum Wechsel des erlernten Berufes entschließen. Als stark wirkender Grund zu diesen Erwägungen tritt allerdings die schlechte wirtschaftliche Lage vieler Arbeiterkern hinzu, die nicht die Mittel haben, ihre Knaben vier Jahre zum Lebensunterhalt zu unterstützen, was aber meistens bei dem geringen Lohn, den die Lehrlinge durchweg erhalten, nötig ist. Ja vielfach ist es sogar noch Sitte, daß die Lehrlinge überhaupt keinen Lohn erhalten. Das trifft beispielsweise oft auf jene jungen Leute in der Metallindustrie zu, die ihr Zeugnis als Einjährige erworben haben, im 17. oder 18. Lebensjahre stehen, und nun drei Jahre praktische Ausbildung genießen, um dann auf einer besonderen Nachschule ihre Berufsbildung als Techniker abzuschließen. Ein solcher Zustand ist besonders widerwärtig und kann nur als nackte Ausbeutung bezeichnet werden, denn in einem solchen Lebensalter ist der junge Mann körperlich und geistig schon ganz anders entwickelt, als wie dies bei Lehrlingen von 14 oder, wie in Bayern, bei 13 Jahren der Fall sein kann; er wird daher sehr

wohl in stunde sein, in den drei Jahren seiner Lehrzeit dem Arbeitgeber ebensoviel Nutzen zu bringen wie die letzteren in vier Jahren.

Die ungenügende Entlohnung des Lehrlings ist daher in den meisten Fällen wohl die Ursache, weshalb immer mehr Eltern davon absehen, ihre Söhne einer geregelten Lehrzeit zuzuführen. Daraus ist auch in erster Linie der nicht abzuleugnende Lehrlingsmangel zurückzuführen, über den die Unternehmer in immer beweglichere Klagen ausbrechen.

Der Mangel an gewerblichem Nachwuchs trägt aber alle Kennzeichen volkswirtschaftlicher Schädigung an sich. Er geht nicht bloß die Unternehmer, sondern in ebenso hohem Grade auch die Arbeiter an. Die Unternehmer sowohl als die Arbeiter haben ein Interesse daran, daß die deutsche Arbeit im In- und Auslande ihren guten Ruf erhält, den sie sich in unermüdlichem Fleiß und in zähem Ringen mit alleingewiesenen Konkurrenten auf dem Weltmarkt erworben hat. Es waren nicht die besten Zeiten für die deutsche Industrie in ihrer Gesamtheit, als selbst der Ausstellungs-Kommissar der deutschen Regierung auf der Weltausstellung in Chicago in den siebziger Jahren der deutschen Industrie das Prädikal auf die Stirne drücken mußte: „Billig und schlecht“. Das war zwar ein hartes, aber zutreffendes Wort, welches jedoch nicht wenig zur Gefühlsregung der deutschen Industrie beigetragen hat. Denn es ist allemal richtig, wenn man dem Kranken, der durch eigenes unvernünftiges Verhalten sich sein Leiden zugezogen hat oder nichts tut, um es zu verschonen, offen und derb die Wahrheit sagt, um ihn zu veranlassen, das zu tun, was ihm not tut. Damals und noch lange nachher war „Made in Germany“ (Gemacht in Deutschland) der Stempel der Verachtung für deutsche Erzeugnisse, bis deutsche Qualitätsware sich die verdiente Anerkennung errang. Qualitätsware hat aber nicht nur zur Voraussetzung das Vorhandensein eines vorwärtsstrebenden Unternehmertums, eines hochgebildeten Technikerstandes, sondern auch einer intelligenten Arbeiterklasse. Wo diese drei Vorbedingungen nicht gegeben sind, wo lediglich rohe Kräfte walten, da kann sich kein Gebild gestalten, das der Anerkennung gewürdig sein kann.

Deutschland ist seit langem das Land der allgemeinen Schulpflicht und sein Volk weiß von allen Großstaaten die geringste Zahl von Analphabeten auf. Seine gewerblichen Fortbildungsschulen höherer und niederer Art haben mit dazu beigetragen, das Bildungsniveau der breiten Volksschichten zu heben und sie für den freien Wettbewerb auf dem Weltmarkt geschickt zu machen. Will es daher auf der Höhe seines gewerblichen Schaffens bleiben, dann muß es alles tun, was zur Ausbildung des gewerblichen Nachwuchses notwendig und nützlich ist. Dafür müssen auch die Arbeiter ihr Bestes hergeben. Denn blüht die deutsche Industrie, dann ist auch die hauptsächlichste Vorbedingung ihres wirtschaftlichen Aufstieges gegeben. Ohne Frage wird ein in allen Fächern seines Berufes ausgebildeter Arbeiter in der Regel ein höheres Selbstbewußtsein aufweisen, als ein an bestimmte Teilarbeiten geketteter Arbeiter. Womit wir allerdings nicht jagen wollen, daß ein solches Selbstbewußtsein den ungelerten Arbeitern unbedingt abgeben müsse. Soweit gehen wir schon aus dem Grunde nicht, weil durch eine straffe Gewerkschaftsorganisation manche natürlichen Wirkungen ausgeglichen werden und durch sie auch der ungelernete Arbeiter sich seines Wertes mehr bewußt wird, als es ohne sie sein würde. Das Bewußtsein

jedoch: Du bist in allen oder doch in den hauptsächlichsten Fächern deines Berufes geübt, wird ein erhöhtes Widerstandsfähigkeit gegen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen geben, wird auch mehr den Wunsch straffen, sich eine bessere Lebenshaltung zu erringen, als es ohnedem der Fall ist. Aus den angeführten Gründen möchten wir allen Eltern empfehlen, ihren Kindern eine möglichst gute berufliche Ausbildung zuteil werden zu lassen, die natürlich am besten in einer ordentlichen Lehrzeit erworben werden kann. Die Unternehmer mögen sich aber gesagt sein lassen, daß die vielfach mittelalterlich anmutenden Lehrverträge, die einseitig nur das Interesse des Lehrherrn wahrnehmen, geradezu Instrumente sind, um die Eltern und die jungen Leute von den Lehrstellen abzuführen.

Aus der Not des chronischen Lehrlingsmangels scheint sich auch schon hier und da in Arbeitgeberkreisen, besonders in Handwerkerkreisen, die Erkenntnis durchzuringen, daß ohne eine gewisse Reform des Lehrlingswesens ein neuer Zustrom von Lehrlingen ausgeschlossen, ja sogar ein weiterer Rückgang der Lehrlingszahl bestimmt zu erwarten sei. Allerdings die unentwegte Vertreterin der unangehörigen Arbeitgeberinteressen, die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“, will davon, besonders aber von der Mitwirkung der Gewerkschaften bei einer solchen Reform nichts wissen. Es sind aber nicht immer diejenigen die getreuesten Fühlprobe, die alles Recht für die eigene Partei in Anspruch nehmen, der Gegenpartei aber kein Recht zugestehen. Leider müssen wir feststellen, daß auch die „Zeitschrift für Deutschlands Buchbinder und verwandte Gewerbe“, das Organ des Bundes Deutscher Buchbinderinnungen, sich diesem Standpunkte der „Arbeitgeberzeitung“ angeschlossen hat, indem sie in ihrer Nr. 27 vom 6. Juli 1916 aus einem langen Rundschreiben des Reichsdeutschen Mittelstandesverbandes in Leipzig gegen das neue Vereinsgesetz — das sie ganz zum Abdruck brachte — auch das mit übernahm, was diese rückständige Vereinigung über das Lehrlingswesen schrieb, das kurz zusammengefaßt dahin ging: Das Handwerk müsse in Form einer Werkstattdordnung die Lehrlinge vom Anschluß an die Gewerkschaften abhalten, denn die Gewerkschaften hätten unzweifelhaft die feste Absicht, die Lehrlinge während der Zeit, wo sie ihren Beruf und Gehorsam lernen müssen, in das Getriebe der Gewerkschaften hineinzuwickeln, die Jugendlichen bei Lohnkämpfen zu verwenden und auch die Lehrlinge zu zwingen, zu streiken.

Solche Schreckbilder sind unwahrhaftig, denn die Gewerkschaften haben durch ihre bisherige jahrelange Tätigkeit bewiesen, daß sie die Lehrlinge nicht in das gewerkschaftliche Getriebe mit hineinreißen oder sie sogar zu Streiks auffacheln wollen. Den Gewerkschaften liegt vielmehr vornehmlich daran, daß die Lehrlinge eine möglichst gute berufliche Ausbildung erfahren und nicht mit einem Hungerlohn abgespeist werden. Darin hapert es aber oftmals bei den sonst so sehr — wenigstens nach ihren Worten — auf berufliche Ehre sehenden Innungsmeistern. Unsere ehrenwerten Meister sollten sich daher ein Beispiel an dem vorurteilsfreieren Gebaren anderer Unternehmerkreise nehmen, worauf wir in einem zweiten Artikel eingehen werden.

### Die Organisation des Arbeitsmarktes.

Mit Rücksicht auf die Zeit der Hebergangswirtschaft vom Krieg zum Frieden verlangt Landesrat Dr. Freund, es müsse mit aller Energie daran gearbeitet werden, daß bis zum Friedensschluß ein dichtmaschiges Netz öffentlicher, allgemeiner Arbeitsnachweise über das ganze Deutsche Reich auszubereiten sei. Diese Bestrebungen ist nicht allein mit Rücksicht auf die Hebergangswirtschaft, sondern idiom mit Rücksicht auf die Kriegswirtschaft zu stellen. Denn nicht soll das Kriegswesen seine Aufgabe erfüllen, wenn an den einzelnen Orten das Angebot und die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt nicht übereinstimmen kann. Schon seit zwanzig Jahren wird der Ruf nach dem dichtesten Netz von Arbeitsnachweisen in Deutschland erhoben, aber gar viele Umstände haben dazu mitgewirkt, daß wir bis zum Krieg noch nicht entfernt dem Ziele nahekommen. Als dann der Krieg ausbrach, wurde alsbald wieder auf die dringende Notwendigkeit einer guten Organisation des deutschen Arbeitsmarktes hingewiesen. Es wurden auch einige Schritte unternommen, die aber die Lösung der Aufgabe nicht bewirken konnten. Die Lösung der Aufgabe hat nämlich eine Voraussetzung, die immer und immer wieder übersehen oder unterschätzt wird. Die Arbeitsnachweise können nur nützlich funktionieren, wenn eine gute Arbeitsmarktsberichterstattung vorhanden ist. Gut heißt in diesem Fall vor allem: für Arbeiter und Arbeitgeber brauchbar. Auf die Ausgestaltung der Berichterstattung hat man aber bisher viel zu wenig Beachtung gelegt. Die Berichterstattung, wie wir sie heute haben, ist praktisch unbrauchbar. In dieser Beziehung hat auch die Schaffung des Arbeitsmarkt-Anzeigers wenig geändert. Eine brauchbare Arbeitsmarktberichterstattung muß das Angebot und die Nachfrage nicht für einen längeren Zeitraum, sondern an bestimmten Stichtagen erfassen. Die Erfassung und Veröffentlichung von Angebot und Nachfrage muß aber für die einzelnen Stichtage so rasch erfolgen, daß auf Grund des sich ergebenden Materials die Arbeiter und Arbeitgeber ihre Dispositionen vornehmen können. Das ist bei der heutigen Art der Berichterstattung teilweise ganz unmöglich, teilweise sehr erschwert. Solange wir nun keine bessere und namentlich raschere Berichterstattung haben, solange wird auch ein dichtes Netz von Arbeitsnachweisen keine durchgreifende Besserung herbeiführen vermögen. Organisieren allein tut eben nicht, kann im Gegenteil eine unnütze Straß- und Zeitverschwendung bedeuten. Wenn wir eine gute Arbeitsmarktberichterstattung haben wollen, dann müssen allerdings alle größeren Orte und bis zu einem gewissen Grade auch das platt Land in die Berichterstattung einbezogen werden. Dazu ist natürlich eine Organisation der Arbeitsnachweise nötig. Die Berichterstattung darf sich aber keineswegs nur auf den Verkehr an den öffentlichen Arbeitsnachweisen beschränken, sondern alle Nachweise, vor allem auch die gewerblichen und die Arbeiterannahmestellen der großen Betriebe, müssen zur Berichterstattung herangezogen werden. Das Kriegswesen hätte sicherlich die Macht, eine solche Berichterstattung zunächst für seine eigenen Zwecke zu schaffen, aber es will uns fraglich erscheinen, ob man dort die wirtschaftliche Notwendigkeit einer solchen Berichterstattung bereits erkannt hat. Die Organisationsarbeit als solche beansprucht die leitenden Personen in einer Weise, daß sie darüber den wirtschaftlichen Kern vergessen können. Die Folge ist, daß der Schaffung einer brauchbaren Arbeitsmarktberichterstattung nicht entfernt der Wert beigelegt wird, der ihr tatsächlich zukommt. Es liegt hier die gleiche Erscheinung vor wie auf anderen Gebieten der Wirtschaftskunde. Was würden wir heute darum geben, wenn wir eine brauchbare Statistik hätten? Die ganze Verteilungspolitik steht trotz aller organisatorischen Maßnahmen auf einer gänzlich unsicheren, ja sorglos geschwankenden Basis. Warum? Weil wir die wirtschaftlichen Tatsachen nicht kennen, weil wir nur mit ziemlich vagen Annahmen operieren müssen. Würden wir schon vor dem Kriege der Ermittlung der wirklichen Verhältnisse des Wirtschaftslebens den Wert beigelegt haben, den sie verdient, so würden uns viele Schwierigkeiten erspart geblieben, viele Fehler würden vermieden worden sein. So liegen die Dinge auch auf dem Gebiete des Arbeitsmarktes: ohne eine gute Arbeitsmarktberichterstattung kann man keine erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik treiben.

### Für unsere Frauen.

#### Arbeit und Brot.

Von Anna Bloß.

„Arbeit und Brot, Ihr werdet nicht vergessen, das ist die Lösung dieser neuen Zeit“, so rief Luise Cito im Jahre 1847 den Freiheitskämpfern zu in ihrem Gedicht. „Und ich bin nicht als ein gefesselt Leib“, Siebzig Jahre sind seitdem

vergangen. Die Lösung jener Zeit aber ist auch heute noch die gleiche. Wo Frauen in Not sind, und wann waren sie je in größerer Not gewesen als in der traurigen Zeit, die der Weltkrieg über uns gebracht hat, da erlöset der Ruf nach Arbeit und Brot. Er erlöset so laut, daß es oft scheinen will, als ob darüber der ganze Himmel, der die Herzen erfüllt um all die Lieben, die täglich, stündlich, den Tod ins Auge sehen müssen, verschoben. Die großen schweren Banden des Dergens schmerzen tiefer, aber sie wirken nicht so aufreizend, so zermürbend wie die kleinen Nadelstiche des Alltags. So geht der Ruf nach Arbeit mit dem nach Brot Hand in Hand. Je geringer die Möglichkeit der Frauen, Brot zu schaffen für sich und ihre Kinder, um so dringender die Notwendigkeit, Arbeit zu suchen. In unglücklichen Fällen fehlt der Ernährer, der früher das Brot beschaffte. Die im Verhältnis zu der Dauer des Krieges stetig wachsende Teuerung zwingt eine Reihe von Frauen, die früher nicht erwerbstätig waren, Arbeit zu suchen. Noch gibt es kein geschriebenes Gesetz, das die Frauen zwingt, Arbeit zu übernehmen. Dringender, kategorischer aber als das geschriebene Gesetz spricht für die Frauen der arbeitenden Klasse das Gesetz, das durch Hunger und Not diktiert ist, für die Notwendigkeit der Arbeit. So stark spricht dieses Gesetz, daß heute auf 100 Nachfragen nach weiblichen Arbeitskräften 134 Angebote kommen. So stark spricht es, daß die Frau sich überall bereit findet, die am schlechtesten bezahlte Arbeit unter den unangünstigsten Arbeitsbedingungen zu übernehmen. Das Rotgesetz vom 1. August 1914 läßt heute die Beschäftigung von Frauen in Betrieben, die ihnen durch das Arbeiterinnenchutzgesetz früher nicht zugänglich waren. Frauen arbeiten heute in den Bergwerken, an Hochöfen, Walzwerken, beim Messerschleifen. Frauen arbeiten in Tag- und Nachtschichten in den Munitionsfabriken, an schweren Maschinen in Gluthäfen und in verdorbener Luft. Frauen übernehmen die unendlich schweren Dienste an den Eisenbahnen, den Straßenbahnen. Sie schleppen Kohlen, sie arbeiten in Begeleiten, auf Bauten, kurz es gibt keine Männerarbeit, die heute nicht von Frauen geleistet wird, nur daß selbst da, wo verhältnismäßig hohe Löhne gezahlt werden, was doch nur in Einzelfällen vorkommt, diese in keinem Verhältnis stehen zu dem Lohn, der bei gleicher Leistung den Männern gezahlt wird. Im allgemeinen verdienen schwerarbeitende Frauen Stundenlöhne von 25 bis 27 Pfennig; Wochenlöhne von 12 bis 17 Mark sind in vielen Industrien die Regel. Das Männen von den Frauen, die nicht arbeiten wollen, das ja namentlich von den Kriegsfrauen immer wieder erzählt wird, wird durch die Zahlen vom Arbeitsmarkt gründlich widerlegt. Die Frauen wollen arbeiten, um für sich und ihre Kinder Brot zu beschaffen. Die Not der minderbemittelten Bevölkerung ist durch die Anaptheit und Preissteigerung der Lebensmittel ins Unermessliche gewachsen. Auf den Schultern der Frauen lastet schwer die Sorge für das tägliche Brot. Es fehlt an allem Nötigsten, was früher zur Streckung des Protes vorhanden war. Es fehlt vor allem an Kartoffeln, an Milch, an Fett. Andere Lebensmittel sind nur den Reichen erreichbar, die über einen gefüllten Geldbeutel verfügen. Die armen Kinder leiden Hunger. Welcher Schmerz aber trafe eine Mutter tiefer, als zusehen zu müssen, wie ihre Kinder entkräftet werden, ohne sie fähigen zu können. So wird sie durch Not und Hunger getrieben, Arbeit zu suchen, und lauter als je erlöset darum heute der Ruf nach Arbeit und Brot. Aber schon vor Siebzig Jahren ging Luise Cito über diese Forderung hinaus: „Geht dem sein Recht, der feins noch besitzen“. Sie erkannte die Notwendigkeit, materielle Grundlagen zu schaffen für die arbeitenden Frauen. Auf diesen sollten dann aber die idealen Forderungen sich aufbauen, den Rechtlosen Rechte zu sichern. Oft will es uns heute scheinen, als ob die vielen alltäglichen Sorgen den Kämpfern die Ideale gelähmt hätten, als ob die Frauen, die so treu ihre Pflichten erfüllen im Kampf um Arbeit und Brot über diesen Pflichten vergessen, wie groß auch heute noch ihre Rechtlosigkeit ist. So viel sie auch einspringen in die Lücken, die durch das Fehlen der Männer entstanden sind, nirgend denkt man daran, sie den Männern rechtlich gleich zu stellen. Je weniger die Frauen selbst es in die Hand nehmen, um ihre Rechte zu kämpfen, um so schwerer wird ihnen der Kampf um Arbeit und Brot gemacht werden. Immer noch hat der Organisationsgedanke nicht tief genug Wurzel gefaßt bei den Frauen. Statt gemeinschaftlich für ihre Rechte einzutreten, schädigen die Frauen sich gegenseitig, werden sie zu Lohnrückerinnen, nehmen sie sich das Brot weg. Der sozialistische Geist, der aus den Reihen Luise Ottos spricht, noch ist er nicht lebendig geworden in den Herzen so vieler arbeitender Frauen. Und doch sollten diese Frauen die Hüterinnen des Sozialismus sein in einer Zeit, in der so viele Kämpfer, die ihm dienten, in treuer

Pflichterfüllung fern sind, um die Heimat zu schützen. Nicht nur Brot sollen die Frauen ihren Kindern schaffen durch ihre Hände Arbeit, auch der Geist der Kinder soll nicht darben, wenn der Vater fern ist. Mämpfen die Frauen um ihre Rechte, dann helfen sie ihren Kindern eine schöne Zukunft schaffen. Nur Frauen, die selbst nach Freiheit streben, können ein freies Geschlecht erzeugen. Je treuer heute die Frauen ihre Pflichten erfüllen, um so berechtigter ist ihr Anspruch auf die Gewährleistung der so lange vorenthaltenen Rechte. Neben dem Ruf nach Arbeit und Brot muß immer lauter der Ruf nach dem Recht der Frau erschallen. Durch unendlich treue Pflichterfüllung im Kampf um Arbeit und Brot haben sie sich das Anrecht erworben, mitzuarbeiten an dem neuen Deutschland, für das ihre Gatten und Söhne, ihre Väter und Brüder bluten, für das sie selbst als Kämpferinnen zu großen Opfern bereit sind.

### Aus unserem Beruf.

**Teuerungszulagen** wurden in Bielefeld gewährt in folgender Höhe: Für verheiratete Kollegen 10 Mk. für ledige Kollegen 8 Mk. und für Kolleginnen 5 Mk. monatlich. Minderzulagen wurden von den Firmen Wolpers und Dohse abgeholt, während die Firma Eilers nur, wie bisher weiterzahlte. Die Zulagen kommen ab 1. Januar 1917 zur wöchentlichen Auszahlung.

**Bestandsaufnahme von Buchbinderfäden und Industriegarnen.** Mit dem 30. Dezember 1916 tritt eine Bestandsaufnahme betreffend Bestandserhebung von Nähfäden (Nr. B. M. 500/12, 16 B. M.) in Kraft. Durch diese Bestandsaufnahme wird eine Meldepflicht für sämtliche am 1. Januar 1917 vorhandenen baumwollenen Nähfäden, Nähzweine, Nähgarne, Heftgarne, Reißgarne, Buchbinderfäden, Konfektionsgarne, Tricotgarne, Nähzweine und sonstige Industriegarne in handelsfertigen Aufmachungen für den Kleinverkauf sowie für sämtliche Flach-, Hanf- und Namiensfäden in jeder Aufmachung für Groß- und Kleinverkauf angeordnet. Die Meldungen haben bis zum 10. Januar 1917 an das Reichsoffizienamt der Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Königlich Preussischen Kriegsministeriums, Berlin S. W. 48, Verlängerung Seidenmannstraße 10, zu erfolgen. Die gleiche Meldung ist für den am ersten Tage eines jeden Vierteljahres vorhandenen Bestand bis zum zehnten Tage eines jeden Vierteljahres zu wiederholen.

Von der Meldepflicht ausgenommen sind bestimmte Mindestmengen. So sind nicht meldepflichtig bei baumwollenen Nähfäden, wenn sie nach der Länge aufgemacht sind, diejenigen Vorräte einer Lagerstelle, welche in einer Qualität, Zwirnung, Farbe und Aufmachung bei Längen bis zu 200 Metern weniger als 5 Gros, bei Längen über 200 Meter weniger als 1 Gros betragen, und wenn sie nach dem Gewicht aufgemacht sind, diejenigen Vorräte einer Lagerstelle, welche in derselben Zwirnung und Farbe, jedoch ohne Rücksicht auf Qualität und Aufmachung, weniger als 10 Kilogramm betragen. Bei Flach-, Hanf- und Namiensfäden sind nicht meldepflichtig, wenn sie nach der Länge aufgemacht sind, diejenigen Vorräte einer Lagerstelle, welche in einer Sorte weniger als 5000 Meter, und wenn sie nach dem Gewicht aufgemacht sind, diejenigen Vorräte einer Lagerstelle, welche in einer Sorte weniger als 10 Kilogramm betragen.

**Der Siegeszug der Papiergarne.** Hierüber schreibt „Der Konfektionär“ in Nr. 91 vom 12. November 1916 u. a.:

Die fast völlige Unmöglichkeit, die für unsere Textilindustrie notwendigen Rohstoffe, Wolle, Baumwolle, Jute und Flach während des Krieges herbeizubekommen, hat dazu geführt, die Fabrikation von Ersatzstoffen, soweit sie im Inlande möglich sind, bedeutend zu vergrößern und auszuweiten. Derjenige Ersatzstoff, der in der letzten Zeit am meisten in den Vordergrund gerückt ist und sich offenbar auch überall glänzend bewährt ist das Papiergarn. Schon im Frieden haben verschiedene Firmen die Fabrikation von Papiergarnen und Papiergeweben in großem Umfang betrieben und damit auch Erfolge erzielt, so die Firmen Clavier in Aachen, Ferd. Emil Jagenberg in Düsseldorf und Julius Glas in Weidenfels in der Rheinpfalz. Früher aber brauchte man aus Papiergarnen hergestellte Artikel nur zu gewissen beschränkten Zwecken, so als Ersatz für Intenaren (Säde und Hergelchen). Im Kriege ist die Verwendungsmöglichkeit der Papiergarne und Papiergewebe ganz außerordentlich gestiegen.

Man ist allmählich dazu übergegangen, alle möglichen Waren aus Papiergarnen herzustellen, so Bindfäden, Gardinenordeln, Federn, Stoffe der verschiedensten Art zu Bekleidungs Zwecken. Die Fabrikation vervollkommnet sich immer mehr, man sieht bereits aus Papiergarn hergestellte Waren, die der

late im ersten Augenblick von anderen Webwaren gar nicht zu unterscheiden in der Lage ist. Sehr viel Betriebe, die aus Mangel an Rohstoffen sich nach anderer Beschäftigung umsehen mußten, haben die Herstellung von Papiergarnen oder Papiergeweben aufgenommen. In M.-Gladbach fabrizieren jetzt verschiedene große Baumwollspinnereien Papiergarn und erhalten darauf sehr beachtliche Aufträge. Auch andere Firmen in den verschiedensten Teildistricten haben sich jetzt der Fabrication von Papiergarnen oder Papiergeweben zugewendet. So hat die Fabrik von Kiedinger in Augsburg die Herstellung von Papiergarnen und -geweben aufgenommen. Neben den bestehenden Firmen werden zahlreiche neue in der Papiergarnindustrie gegründet, die mit Stammkapitalen bis zu 1/2 Millionen Mark arbeiten.

In München-Gladbach ist eine Börse für Papiergarn eingerichtet und unterm 29. Dezember 1916 wird von dort gemeldet: Die Papiergarnspinnereien gehen mit ausverkaufter Erzeugung für drei bis vier Monate in das neue Jahr bei starker Nachfrage für spätere Lieferungen.

**Korrespondenzen.**

**Darmstadt.** Die vor einigen Wochen auch hier eingeleitete Bewegung zur allgemeinen Durchführung bzw. zur Erhöhung von Teuerungszulagen hat, um es gleich vorweg zu sagen, den erwünschten Erfolg bisher leider nicht gehabt.

In der am 30. Dezember v. J. im Gewerkschaftshaus stattgehabten öffentlichen Versammlung der hiesigen Kollegen und Kolleginnen, die den Verhältnissen entsprechend recht gut besucht war, teilte der wieder als Berichterstatter erschienenen Kollege Sander-Berlin mit, daß auf das ergangene allgemeine Mandatschreiben hin und wohl unter dem Eindruck der im November stattgehabten Versammlung wieder mehrere Firmen Teuerungszulagen bewilligt hätten, ohne der Organisation hierüber direkte Mitteilung zu machen, daß aber auch einige Firmen ihre Bewilligungen an das Verbandsbureau mitgeteilt haben, so u. a. Grünwalds Requisiteur Co. und die Papiermanufaktur Arib Baumgarten (Kirchrode). Die letztgenannte Firma teilte mit, daß sie die vordem gezahlten Löhne während des Krieges schon um 25 Prozent erhöht habe, daß sie jetzt aber eine weitere Erhöhung um 15 Prozent als Teuerungszulage gewähren wolle. Im übrigen gab die Firma für Heberstunden in der Woche 50 und Sonntags 100 Prozent Zuschlag, erzieht ihrem Personal die Kosten der Straßenbahnfahrt und leistet ihrerseits die vollen Beiträge für Kranken- und Invalidenversicherung, was alles wir anderen Firmen zur Beachtung und Nachahmung empfehlen.

Mit dem Vorstand der Buchbinder-Zunft hat eine Verhandlung stattgefunden, in der dieser die verlangten Teuerungszulagen als berechtigt anerkannte und sich bereit erklärte, sie den Jungangemeistern zur Durchführung zu empfehlen, er behielt sich aber vor, eventuell die Sache auch für sich und die Zunft gehen zu lassen, die im übrigen Stellung erlangen. Der Vorstand des Vereins der Kartonnagenfabriken hat baldige Verständigung in Aussicht gestellt. Demgegenüber hat der Kreisvorsitzand des deutschen Buchdruckervereins jede Verhandlung von Organisation zu Organisation abgelehnt, indem er erklärte, daß er den Mitgliedern seines Vereins die Gewährung von Teuerungszulagen bereits empfohlen habe, daß er regelmäßig in dieser Angelegenheit aber nicht eingreifen könne. Das ist um so bedauerlicher, als die weitens große Zahl aller Kollegen und Kolleginnen in den zum deutschen Buchdruckerverein gehörenden Betrieben beschäftigt sind, und ist im übrigen auch unzutreffend, denn verschiedene Kreisvorsitzände desselben deutschen Buchdruckervereins haben in der gleichen Angelegenheit bereits mit gutem Erfolg regelnd eingegriffen.

Daß der Schlüssel zur Lösung dieses Widerspruches in der persönlichen Stellungnahme der zum meist beteiligten Arbeitgeber zu suchen ist, zeigte denn auch sehr bald das Ergebnis der von den Verbandsvertretern nachgesuchten Verhandlungen mit den Inhabern der maßgebendsten Betriebe. Der Inhaber der größten Geschäftsbücherfabrik von S. C. König u. Ehardt, Herr Hans Ehardt, Hess unserer Unterhändler erklären, daß er ja schon unter gewissen Voraussetzungen Teuerungszulagen gewähre, daß er im übrigen, lediglich um den Arbeitern und Arbeiterinnen höheren Verdienst zu ermöglichen, seit längerer Zeit Heberstunden machen lasse, daß auf Wunsch auch noch mehr Heberstunden gemacht werden könnten, daß er ohne Gegenleistung nach Lage des Geschäftes mit Bezug auf Teuerungszulagen weiteres aber nicht tun könne. Auch ein Vorschlag der Verbandsvertreter, Teuerungszulagen in der Buchbinderei etwa wie in der Buchdruckerzunft zu zahlen, was nach letztem Heberzuschlag monatlich etwa 500—600 Mk. Mehrkosten erfordert hätte, fand

vor den Augen des Herrn Ehardt keine Gnade, denn er ließ kurz und bündig erklären, daß die Firma auch diese Mehrausgabe nicht zu tragen vermöge. Der Inhaber der Firma Ebler u. Krüger erklärte sich zwar bereit, eine Neuregelung der Teuerungszulagen nach den bei den Buchdruckern angewandten Grundsätzen eventuell in Erwägung zu ziehen, stellte dabei aber in Aussicht, daß dadurch entstehende Mehrkosten dazu führen würden, daß den ins Feld gezogenen Arbeitern und deren Familien sowie den schon besser bedachten älteren Arbeitern die bisher gewährten Beihilfen und Zulagen entzogen oder gekürzt würden.

Der Berichterstatter gab nun seiner Meinung dahin Ausdruck, daß Herr Hans Ehardt doch wohl zu schwarz sähe, wenn er annähme, daß sein Haus die durch Bewilligung der verlangten höheren Teuerungszulagen entstehenden Mehrausgaben wirklich nicht tragen könne, zumal bei den verschiedentlichen Preisserhöhungen für die Erzeugnisse der Firma höhere Arbeitslöhne doch sicher mit eingerechnet seien. Im übrigen sollten die Kollegen und Kolleginnen durch Verzicht auf die ihnen unter den heutigen Umständen doch wirklich keinen Segen bringenden fortgesetzten Heberstunden der Firma zu Ersparnissen beschaffen, die dieser dann sicherlich mit Bezug auf Teuerungszulagen weiteres Entgegenkommen ermöglichen würden. Mit der Firma Ebler u. Krüger, deren Leistungen für die Krieger und Kriegerfrauen volle Anerkennung verdienen, wäre vielleicht doch noch eine Verständigung möglich, durch die eine Benachteiligung der ins Feld gezogenen und der im Betriebe stehenden älteren Arbeiter vermieden wird.

Um den ihre Durchführung entgegenstehenden Schwierigkeiten Rechnung zu tragen, wurde empfohlen, von den in der vorigen Versammlung aufgestellten Forderungen zurückzutreten und nach den bei den Buchdruckern geltenden Grundsätzen eine neue Vorlage zu formulieren, diese alle Firmen auf Ort direkt zuzustellen und für deren Durchführung überall mit allen zu Gebote stehenden Mitteln einzutreten. Daneben sollte aber durch Heranziehung aller noch fernstehenden Kollegen und Kolleginnen zur Organisation dieser der Einfluß vergrößert werden, wie er im Buchdruckgewerbe zum Wohle der Arbeiterklasse vorhanden ist.

Nach kurzer, im zustimmenden Sinne gehaltenen Aussprache wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, die zunächst dem Bedauern darüber Ausdruck gibt, daß der Kreisvorsitzand des deutschen Buchdruckervereins zu einer Regelung der Teuerungszulagen durch die beiderseitigen Organisationen nicht die Hand geboten hat, durch die dann die Neugehaltung der Vorlage im oben empfohlenen Sinne beschlossen und Eintreten für deren Durchführung allen Kollegen und Kolleginnen zur Pflicht gemacht wird.

Durch die neue Vorlage werden Teuerungszulagen wie folgt verlangt:

Für männliche Arbeiter bei einem ohne Heberstunden erzielten wöchentlichen Verdienst für Verheiratete bis zu 30 Mk. monatlich 15 Mk., über 30—36 Mk. monatlich 12 Mk., über 36—45 Mk. monatlich 9 Mk.; für Ledige bis zu 30 Mk. monatlich 12 Mk., über 30—36 Mk. monatlich 9 Mk., über 36—45 Mk. monatlich 6 Mk.

Für Arbeiterinnen mit eigenem Hausstand monatlich 7 Mk., ohne eigenen Hausstand monatlich 6 Mk.

Kinderzulagen für alle Kinder unter 14 Jahren monatlich je 2 Mk.

Bisher gewährte höhere Teuerungszulagen dürfen durch die Neuregelung nicht gekürzt werden.

Diese Vorlage soll allen beteiligten Arbeitgebern direkt zugestellt und zu deren Durchführung in Betriebsversammlungen nötigenfalls weiteres beschloffen werden. Mit der Buchbindereimung und dem Verein der Kartonnagenfabrikanten sollen weitere Verhandlungen geführt werden.

Hoffentlich wird auf diesem Wege weiterer Erfolg erzielt.

**Stettin.** Die Verlängerung der Gültigkeitsdauer unseres Tarifvertrages, über deren Vorbereitung wir in Nummer 49 der „B.Z.“ berichteten, ist inzwischen erfolgt, und in Verbindung hiermit sind Bestimmungen über die Gewährung von Teuerungszulagen getroffen, die zwar die gebotenen Erwartungen nicht voll erfüllen, die aber doch den Kollegen und Kolleginnen wenigstens zum Teil einigen Ausgleich für die Teuerung bieten und insbesondere die zu normalen Zeiten durch die Tarifverträge herbeigeführte Gleichmäßigkeit in der Entlohnung auch in der jetzigen Kriegszeit gewährleisten.

Die diesbezüglichen Verhandlungen wurden mit dem Kreisvorsitzand des Deutschen Buchdruckervereins geführt, weil er als Tarifkontrahent für uns in Frage kommt, und weil der Vorstand der Buchbindereimung sich selbst ausschlöß, indem er erklärte, daß

er sich den ohne sein Willen getroffenen Vereinbarungen anschließen werde.

Die Gültigkeitsdauer des Tarifvertrages wurde um ein Jahr, also bis zum 31. Dezember 1917, verlängert. Inseiner Anfrage auf Bewilligung von Teuerungszulagen in Höhe von 4 Mk. pro Woche für die Arbeiter und 2 Mk. für die Arbeiterinnen glaubten die Arbeitgeber nicht zustimmen zu können, es wurden den Arbeitern in der Buchbinderei aber dieselben Teuerungszulagen zugestimmt, die den Buchdruckern bezahlt werden, und die neben den Kinderzulagen von 2 Mk. monatlich für jedes Kind für fast alle verheirateten Kollegen 15 bzw. 12 oder 9 Mk. und für die unverheirateten 12 bzw. 9 oder 6 Mk. pro Monat und für alle Arbeiterinnen 8 Mk. pro Monat betragen. Die Teuerungszulagen rechnen nach obigen Sätzen vom 1. Januar 1917 ab und gelten für die Dauer des Krieges. Nach Friedensschluß sollen neue Vereinbarungen über die weiter zu gewährenden Teuerungszulagen getroffen werden. Meinungsverschiedenheiten über die Teuerungszulagen werden von den beiderseitigen Vorständen entschieden.

Sind durch die Vereinbarung unsere für sehr berechtigt gehaltenen Wünsche auch nicht ganz erfüllt worden, so wird uns hier in Stettin durch das Entgegenkommen der Arbeitgeber das Durchhalten in dieser Zeit der Teuerung doch wesentlich erleichtert.

**Ruszeichnungen.**

Durch Beteiligung des Eisernen Kreuzes wurden im Felde ausgezeichnet die Kollegen:

- Adolf Buddenberg, Mitglied der Zahlstelle Mühltrien-Wilhelmsbaven, der zugeht durch Granatpflücker verwundet im Lagareit liegt;
- Karl Böhren und August Weinhardt, Mitglieder der Zahlstelle Barmen Oberfeld;
- Johannes Gohy und Rudolf Waufer, Mitglieder der Zahlstelle Frankfurt a. M.-Offenbach, und
- Karl Lothmann, Mitglied der Zahlstelle Hildesheim, der auch zugleich Unteroffizier wurde.

**Internationales.**

Von der gewerkschaftlichen Internationale. An den Weihnachtstagen hielt der französische Gewerkschaftsbund (Confédération general du travail) in Paris eine Landeskonferenz ab, auf der sich der Schweizerische Gewerkschaftsbund durch den Genossen Ryser-Hietl vertreten ließ. Ihm wurde der Auftrag erteilt, vom französischen Gewerkschaftsbund Auskunt über dessen Stellungnahme zum Internationalen Gewerkschaftsbund zu verlangen, wobei es sich um folgende Einzelfragen handelt:

1. Ist die C. G. T. (Confédération general du travail) prinzipiell für Aufrechterhaltung der gewerkschaftlichen internationalen Beziehungen mit Einschluß der Zentralmächte?
2. Ist die C. G. T. gewillt, eine internationale Konferenz des I. G. B. (Internationalen Gewerkschaftsbundes) zu besuchen, wenn diese in einem neutralen Lande stattfindet?
3. Ist die Konferenz, wenn sie eine solche Konferenz beschickt, gewillt, sich den gefaßten Beschlüssen zu unterziehen, auch wenn sie damit nicht durchweg einverstanden ist?
4. Ist die C. G. T. bereit, für den Fall, daß sie eine Konferenz auch in einem neutralen Lande nicht besuchen könnte, dieser Konferenz ihre Anträge über das Weiterbestehen, die Ausgestaltung und die nächsten Aufzaben des I. G. B., den Sitz des Sekretariates usw. zur Behandlung zu unterbreiten?
5. Ist die C. G. T. bereit, für den Fall, daß der Sitz des I. G. B. nach der Schweiz oder nach einem anderen neutralen Lande verlegt würde, ihr nach den Beschlüssen von Leeds errichtetes Korrespondenzbureau sofort aufzulieben und ihre Verpflichtungen gegenüber dem I. G. B. in vollem Umfange zu erfüllen?

Die deutschen Gewerkschaften sind sicherlich bereit, alles zu tun, was unbeschadet der deutschen Interessen zur Belebung der gewerkschaftlichen Internationale dient, sie brauchen aber ebenso sicher nicht darum zu betteln, weil sie sich keines Unrechts an einer wohlverstandenen internationalen Solidarität der Arbeiterklasse bewußt sind und die englischen und französischen Gewerkschaftsführer ihnen gerade nicht als Vorbilder jener Internationalität gelten können.

**Dänemark.** Der langjährige Leiter des dänischen Buchbinderverbandes Kollege H. Olesen ist von dem Kopenhagener Amtsrat als Bureauchef für den vom Amt neu eingerichteten Arbeitsnachweis in Charlottenlund angestellt worden. Infolgedessen zieht sich Kollege Olesen zum Neujahr

von seinem Posten als Verbandsvorsitzender zurück.

Anlässlich seines Ausscheidens wurde eine außerordentliche Repräsentantenversammlung am 10. Dezember 1916 abgehalten, um vorläufig einen Ersatzmann zu finden. Da niemand sich bereit erklärte, den Posten bis zu der nächsten, im Frühjahr stattfindenden Delegiertenversammlung voll und ganz zu bekleiden, so wurde beschlossen, daß der zweite Vorsitzende Kollege V. Osterberg den Posten des ersten Vorsitzenden mit übernehmen sollte, während Kollege Olesen die Tätigkeit des Kassierers bis zur nächsten Delegiertenversammlung ausführen wird. Im übrigen sagten vom Hauptvorstand die Kollegen P. Hansen und Laur Petersen ihre Hilfe zu, damit die Verbandsgeschäfte bis zur Wahl eines ersten Vorsitzenden bei der nächsten Delegiertenversammlung zur Zufriedenheit geführt werden können.

### Rundschau.

Die beabsichtigte Spaltung der Gewerkschaften wird unverbohlen in einem geheimen Rundschreiben der Spartakusleute vom 25. Dezember 1916 proklamiert. Nachdem zuerst erklärt wird: „Die Opposition verbleibt in der Partei, nur um die Politik der Mehrheit auf Schritt und Tritt zu durchkreuzen und die Partei als Rekrutierungsfeld für den proletarischen und antiparlamentaristischen Klassenkampf zu benutzen.“ wird in bezug auf die Gewerkschaften folgendes Programm entworfen:

„Systematischer Kampf gegen die Politik der Gewerkschaftsinstanzen innerhalb der Gewerkschaften; Organisierung zu diesem Zweck der auf Seiten der Opposition stehenden Gewerkschaftsmitglieder und Schaffung eines speziellen Gewerkschaftsblattes.“

Wir erwarten von dem gesunden gewerkschaftlichen Sinn der Mehrheit unserer Mitglieder, daß sie allen Spaltbürgen die Tür weisen werden, denn die Gewerkschaften sind nicht dazu da, um ein Rückzugsfeld für überspannte Experimente abzugeben.

Eine Konferenz der Unternehmerorganisationen und der Gewerkschaften des Malergewerbes. Die Not der Kriegszeit führte die Organisationen des Maler-, Lackierer- und Anstreichergewerbes schon mehrfach zur Erledigung gemeinsamer Aufgaben zusammen: im September 1914 zu Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit, später zur Festsetzung einer allgemeinen Feuerungszulage und bestimmter Richtlinien über die Unterbringung und Entlohnung der kriegsbeschädigten u. a. m. In dem Maße, wie die wirtschaftlichen Folgen des Krieges das Malergewerbe andauernd stark. Denn es hat keinen Anteil an Kriegsaufträgen; es leidet ferner als Luxus- und Verbrauchergewerbe durch den durch Einfuhrschwierigkeiten und Beschlagnahmungen hervorgerufenen Mangel und die erhebliche Verteuerung seiner wichtigsten Produktionsstoffe, unter Anstreichverböten usw.

Nach dem Kriege, und wenn die Materialschwierigkeiten nicht mehr bestehen, darf auf eine günstige Geschäftstätigkeit gerechnet werden. Der dann zu befürchtende starke Mangel an genügend brauchbaren Arbeitskräften, verursacht durch die persönlichen Opfer des Kriegsdienstes, durch starke Abwanderungen in Lackereien und andere Industrien und Gewerbe, durch den Lehrlingsrückgang usw. wird nach Meinung aller Kenner der Verhältnisse zu einer wahrscheinlich recht ungesunden Zustände hervorbringenden Geschäftsperiode führen, wenn nicht der ordnende Einfluß der Berufsorganisationen rechtzeitig einsetzt, um die Vorbedingungen für eine umfassende Geschäftsperiode und für daraus hervorgehende günstigere Existenzverhältnisse aller Beteiligten zu schaffen.

Hieraus ausgehend, ersuchte der Vorstand des Verbandes der Maler die Unternehmerorganisationen des Malergewerbes, zu der drohenden, ersten Situation und den sich daraus ergebenden Aufgaben, unbeschadet aller sonstigen Interessensunterschiede, Stellung zu nehmen und in einer gemeinsamen Konferenz Richtlinien für die zukünftige Tätigkeit festzusetzen. Diesem Vorgehen schlossen sich auch die anderen Hilfseinerorganisationen an.

Nach längeren Beratungen fand denn auch am 29. und 30. November in Berlin eine Konferenz zwischen Vertretern der Hilfseinerorganisation und des Unternehmerverbandes statt. Diese sollte nach sehr eingehenden, überaus sachlichen und vom Ernste der Zeit getragenen Verhandlungen für die gemeinsame Tätigkeit Richtlinien fest, nach denen die Arbeitgeber- und Hilfseinerorganisationen des Malergewerbes sich verpflichteten, durchzuführen:

1. Die Sicherung und Ausbildung eines förderlich und beruflich leistungsfähigen gewerblichen Nach-

wuchses durch Heberwachung des Lehrlingswesens; durch eine den bestehenden Verhältnissen angemessene Entschädigung.

2. Die Hebung der fachlichen Leistungsfähigkeit der Lehrlinge und Gehilfen im Malergewerbe.

3. Die Förderung des Bedürfnisses nach gediegener Arbeit und größeren kunstgewerblichen Ansprüchen an das Malergewerbe.

4. Rechtzeitiges Wirken bei den zuständigen Behörden und in Betracht kommenden Fabrikanten und Händlerkreisen für die Beschaffung der erforderlichen Rohstoffe durch Aufhebung von Beschlagnahmungen und genügende Einfuhr.

5. Die Förderung des Wiederauflebens der Geschäftstätigkeit und die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit nach Kriegsabschluss.

6. Die planmäßige Verteilung der vorliegenden Arbeiten auf alle Zeiten des Jahres.

7. Beschaffung etwa notwendiger Arbeitskräfte und deren Verteilung auf die verschiedenen Teile des Reiches unter Berücksichtigung der Verhältnisse im Ausland.

8. Ausbau und Verallgemeinerung einer geordneten Arbeitsvermittlung durch Förderung unparteiisch tätiger Nachweise, die unter dem notwendigen Einfluß der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände stehen.

9. Befämpfung der Preisunterbietung und Förderung einer Preisgestaltung, die Meistern und Gehilfen eine angemessene Lebenshaltung sichert.

Zur Durchführung der vorstehenden Vereinbarungen erklären die beteiligten Meister- und Gehilfenverbände es für eine zwingende Pflicht, daß jeder Meister und Gehilfe einem dieser Verbände als Mitglied angehört.

Diese Richtlinien, die wir nur in Umrissen wiedergegeben haben und zu denen noch besondere Ausführungsbestimmungen vereinbart werden sollen, unterliegen noch der Bestätigung der örtlichen Arbeitgeberorganisationen. Ihre Ausführung wurde den beiderseitigen Verbandsvorsitzenden übertragen, denen bei besonderen Anlässen eine Kommission von je drei Personen beigegeben ist.

Eine neutrale Stimme über das Friedensangebot Deutschlands und seine Ablehnung durch die Entente. „Socialdemokraten“, das Organ der dänischen Partei.

führt aus: „Wenn England als führende Macht der Entente nun beide entgegengestreckte Hände — Deutschlands und Wilsons — zurückweist, so wird von dem Idealismus, mit dem England sich seit Kriegsbeginn umgibt, im Urteil der neutralen Staaten viel verschwinden und die Heberzeugung sich festigen, daß England durch die Grey-Eduardische Einkreisungspolitik systematisch den Krieg mit Deutschland um die Welt Herrschaft vorbereitet hat, wie England im Laufe der Jahrhunderte jedesmal Portugal, Spanien, Holland, Frankreich niedergeschlagen hat, wenn diese Länder zu gefährlichen Konkurrenten sich emporschwangen, wie England stets bemüht war, den Norden uneinig und schwach zu halten durch den Heberfall auf Dänemark 1807, durch Begünstigung der Trennung Norwegens von Schweden 1905, wie England rücksichtslos Indien niederzwang, Kantonen annektierte, mit China Krieg führte, um das Recht der freien Opiumeinfuhr aufrechtzuerhalten zur Begünstigung des Chinesenvolkes, wie es die freien Lizenzenrepubliken eroberte, wie England Missionare ausstaudte, mit Branntwein, Pulver und Syphilis im Stielmaßer, als Pioniere der Handelsmacht, die Missionen Menschen relativ glücklicher „wilder“ Völker ausjog und vernichtete, ja so will England nun auch Deutschland niederschlagen, nicht den deutschen Militarismus, denn diesen eignet sich gerade das England Lloyd Georges als neues Mittel im Kampfe um die Welt Herrschaft an, sondern das Deutsche Reich und die deutsche Nation um ihren gefährlichen Eigenschaften, wie Fleiß, Tüchtigkeit und Organisationsfähigkeit.“

Ein solcher Spiegel, der hier England vorgehalten wird, zeigt allerdings ein anderes Bild, als wie es die Ententemächte von sich selbst entwerfen, und dient zweifellos den Friedensbestrebungen mehr, als das stillschweigende Duden unter die Gewaltmaßregeln Englands und seiner Verbündeten gegen die Neutralen. Denn wenn erstere einsehen lernen, daß sie mit ihren selbstgerechten Schilderungen von ihrem angeblichen Kampfe für die kleinen Nationen nirgends mehr Glauben finden, sondern ihr wahres Gesicht durch solche elende Heuschrecken erst recht erkannt wird, dann werden sie sich wohl allmählich angehöhen, von ihrem hohen Piedestal littenweiser Unschuld herabzusteigen und Friedensbestrebungen zugänglicher werden, als es bis jetzt der Fall ist.

## Anzeigen

**Druderei-Buchbinder**  
in dauernde Stellung gesucht.  
**Druderei zum Gutenberg, G. m. b. H.,**  
Magdeburg-Neustadt, Nicolaistr. 7.

**Drahthefterinnen**  
bei lohnender dauernder Arbeit sofort gesucht.  
Leipziger Buchbinder Alt.-Gef.  
Berlin-Schöneberg, Bahustr. 29/30.

**Nachruf!**  
Durch den schrecklichen Krieg wurden uns wiederum zwei liebe Kollegen der Werkstufe durch den Tod entzogen,  
der Buchbinder  
**Wilhelm Hinge**  
und der Presser  
**Ludwig Pring.**  
Beide standen bei einer Kompagnie und fielen im Kampf. Sie waren uns immer sehr ehrenhafte, gute und treue Mitarbeiter. Wir werden ihr Andenken in Ehren halten.  
Die Kollegen und Kolleginnen der Firma  
August Scherl G. m. b. H., Berlin.

**Eine Pappschere**  
mit Kreismesser  
gut erhalten, per sofort zu kaufen gesucht. Off.  
u. N. H. 1354 an Rudolf Mosse, Nürnberg.

**== Gummieren! ==**  
Gesucht ein bewährtes Verfahren, um  
**nichtrollendes, gummiertes Papier**  
unter Garantie herstellen zu können. Gegen Bezahlung. Angebote an Holze, Druderei, Wesenbinderhof 70, Hamburg.

**Zahlstelle Dresden.**  
Nachruf!  
Am 4. Januar verschied nach kurzem Kranken sein unser Kollege, der Kartonnagenzuschneider  
**Karl Schmidt**  
im Alter von 59 Jahren.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Ortsverwaltung.

**Interessenten für Kleister-Ersatz**  
wollen sich wenden an  
**Asiatische Handels-Gesellschaft m. b. H.,** Hamburg 1, Nachmannpl. 2.